

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 15.09.2014	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat II Amt: Bürger- und Ord- nungsamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Dezernat IV Dezernat III Dezernat I ☐ OBW bei abschl. Be- schlussfassung Magistrat
Verteiler: I 30 II 32 III 66 IV 20 Stvv	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2014/0271 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 122090 Kostenstelle: 032-002-1000 Kostenträger: 1220-91 Investitionsnummer: Sachkonto: 5150100		

Betreff: Bürgerhaushalt 2014 - Vorschlag # 458: Gratis breitere Gehwege durch Beendigung des illegalen Gehwegparkens

Vorlage vom: 15.07.2014

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Vorschlag und die fachliche Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 15.7.2014:

Für den Darmstädter Bürgerhaushalt 2014 wurde folgender Vorschlag eingebracht:

Idee # 458: Gratis breitere Gehwege durch Beendigung des illegalen Gehwegparkens

„Viele Gehwege in Darmstadt werden illegal zugeparkt. Die Kommunalpolizei und der zuständige Dezernent tolerieren dies bislang. Forderung: die Tolerierung soll entfallen, wenn – kein hoher Parkdruck besteht oder – viele Fußgänger den Gehweg nutzen (z. B. innerhalb des Cityrings/Bahnhofsnähe) oder – ein Parkhaus in der Nähe ist (Abstand 2 Blöcke) (-> ausreichende Parkplätze vorhanden) oder – der Gehweg mit historischem Pflaster belegt ist (-> Beschädigung durch Fahrzeugreifen, Vorbild Mathildenhöhe) oder – eine Schule oder eine Kita in der Nähe ist (Abstand 2 Blöcke). Dadurch wird der Gehweg verbreitert, ohne dass Investitionskosten anfallen.“

Der Vorschlag erhielt 156 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen.

Stellungnahme des Bürger- und Ordnungsamtes:

Ein vergleichbarer Vorschlag wurde bereits zum Bürgerhaushalt 2013 eingebracht. Der Magistrat hatte seinerzeit bereits einer Ahndung des Gehwegparkens unter Berücksichtigung und Abwägung der im konkreten Einzelfall bestehenden Interessen zugestimmt. An der Begründung zu der letztjährigen Vorlage wird festgehalten. Darin hieß es:

„Das Gehwegparken ist nach der Straßenverkehrsordnung verboten, soweit es nicht durch Zeichen oder Markierungen besonders zugelassen ist, und kann als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Bei der Ahndung des Gehwegparkens gilt wie bei allen Ordnungswidrigkeiten das Opportunitätsprinzip. Die Kommunalpolizei erteilt Verwarnungen regelmäßig mit Augenmaß, indem sie eine Abwägung zwischen den verschiedenen Belangen vornimmt. Zu berücksichtigen sind insbesondere die Interessen der Anwohner an einem wohnortnahen Abstellplatz für ihr Fahrzeug, der Geschäftsleute an einer Abstellmöglichkeit für deren Kunden und der anderen Verkehrsteilnehmer, vor allem von Fußgängern, an einem gefahrlosen Passieren der abgestellten Fahrzeuge.

Hinsichtlich des Gehwegparkens gibt es zahlreiche Fälle, in denen eine Ahndung geboten ist. Dies belegt die Anzahl von 9132 Verwarnungen, die im Jahr 2013 erteilt worden sind. Eine Ahndung erfolgte insbesondere dann, wenn die verbleibende Breite des Gehweges nicht mehr ausreicht, um mit einem Rollstuhl oder Kinderwagen an dem abgestellten Fahrzeug vorbeizukommen.

Auf der anderen Seite lässt die aktuelle Parkraumsituation in Gebieten mit einem hohen Parkdruck in Bezirken mit einem hohen Anteil an Wohnraum und Geschäften (z. B. Bessungen, Johannesviertel, Martinsviertel) eine sofortige und umfassende Ahndung des Gehwegparkens nicht zu. Hier sind notwendige Alternativen zum Gehwegparken für Anwohnerinnen und Anwohner, Kundinnen und Kunden zu entwickeln, denn ohne ausreichende (Park-)alternativen würde eine intensive Kontrolle nicht auf die notwendige Akzeptanz bei der Bewohnerschaft stoßen.

...

Vor diesem Hintergrund wird - in Zusammenarbeit mit dem Dezernat III - an einem integrierten Verkehrskonzept gearbeitet. Hierbei sind verkehrsmeidende, verkehrslagernde und verkehrslenkende Maßnahmen in Planung. Unter anderem handelt es sich um:

- Die schrittweise Einführung eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts mit vorherigen Modellquartieren
- Die Überprüfung, wo das Anwohnerparken eingeführt bzw. ausgeweitet werden sollte
- Eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und des Car-Sharings
- Eine stärkere Nutzung der vorhandenen Parkhäuser
- Die Einführung eines Schulwegeverkehrskonzepts

Mit der Einführung des Jobtickets für die Beschäftigten der Wissenschaftsstadt Darmstadt zum 1.1.2014 konnte bereits eine wichtige Maßnahme erfolgreich umgesetzt werden. Mit dem Angebot des Jobtickets werden starke Anreize gesetzt, auf alternative Fortbewegungsmittel zum Auto umzusteigen.

Der Vorschlag, das Gehwegparken zu reduzieren, ist in diesem Gesamtkonzept zu sehen und hängt eben auch mit ständigen Nachverdichtungen aufgrund des hohen Zuzugs zusammen. Es ist durch einen angemessenen Vollzug mittels Kontrolle und Bußgeldbescheide zu begleiten.

In vielen Bereichen im Stadtgebiet wird teilweise seit Jahren mit zwei Rädern, in wenigen Fällen auch mit dem ganzen Fahrzeug, auf dem Gehweg geparkt, ohne dass eine Behinderung des Fußgängerverkehrs vorliegt. In diesen Fällen hat es sich bewährt, das Gehwegparken zu tolerieren, da der hohe Parkdruck vielerorts keine Alternative zulässt bzw. das Parken am Fahrbahnrand sogar zur Behinderung führen würde. An dieser Praxis sollte festgehalten werden.“ So ergeben sich sehr individuelle Situationsbeschreibungen und auch Vollzugsmöglichkeiten bis hin zu sehr unterschiedlichen Maßnahmen.

Dass die Kommunalpolizei das Gehwegparken nicht generell toleriert, wird im übrigen durch die Tatsache belegt, dass diesbezüglich im ersten Halbjahr 2014 bereits über 5000 Verwarungen erteilt wurden.

Darmstadt, 15.7.2014

Der Dezernent I

Der Dezernent II

Der Dezernent III

Der Dezernent IV

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Rafael Reißer
Bürgermeister

Cornelia Zuschke
Stadträtin

André Schellenberg
Stadtkämmerer